

Februar und 10. Januar. Dann dauerte es bis zum 23. August, bis mit der Überschrift »SPD holt auf« (+ 2 Prozentpunkte) erneut 26 Prozent erscheinen. Vergleichbare Verschiebungen gibt es für die CDU/CSU, die FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die »Sonstigen«.

In der Mitte der Legislaturperiode der Großen Koalition sind auch kaum signifikante Veränderungen der Wahlabsichten zu erwarten. Damit ist erst kurz vor der Bundestagswahl 2009 zu rechnen. Wie INFRATEST DIMAP feststellte, trifft rund die

Hälfte der Wähler ihre Entscheidung wenige Tage vor dem Wahltermin, wenn nicht am Wahltag selber. Somit bleibt den Parteiführungen noch ausreichend Zeit, um Wähler-, Partei- und Geschäftsinteressen in Einklang zu bringen.



Christa Hategan (*1948) arbeitet als Wahlforscherin in Hamburg.

Lale Akgün

Blue Card

Zuwanderung tut not

Die Parole, das Boot sei voll, ist nach Lale Akgün ein Irrtum. Denn ohne Einwanderung sei zum Beispiel unser Lebensstandard kaum zu halten. Deshalb begrüßt die SPD-Bundestagsabgeordnete auch den Vorschlag des EU-Kommissars Frattini, mit einer europäischen »Blue Card« mehr hochqualifizierte Migranten nach Deutschland zu holen. Daneben soll ein Plan für eine »temporäre Zuwanderung« vorgelegt werden, damit Arbeitskräfte aus den afrikanischen Staaten die Möglichkeit erhalten, für einen begrenzten Zeitraum nach Europa zu kommen.

Mit der »Blue Card« – dem Gegenstück zur amerikanischen *Greencard* – möchte der europäische Kommissar für Innen- und Justizpolitik, Franco Frattini, mehr hochqualifizierte Migranten nach Europa holen. Die Voraussetzungen für die Zuwanderung sollen erleichtert werden. In der deutschen Politiklandschaft ist der Frattini-Vorschlag auf geteilte Resonanz gestoßen und wurde mehrheitlich abgelehnt. Diese Reaktionen verwundern – denn eine EU-Einwanderungspolitik ist spätestens seit dem Haager Programm längst beschlossene Sache.

Ein Blick auf die Realitäten zeigt uns, dass wir uns nicht fragen sollten, wie wir die europäischen Grenzen noch undurchdringlicher machen. Die Formel

»Das Boot ist voll« hat noch nie gestimmt und stimmt auch heute nicht – nicht in Deutschland und nicht in der Europäischen Union. In Wirklichkeit haben in den letzten zwei Jahren mehr Deutsche das Land verlassen als Ausländer zu uns gekommen sind. Und ohne Zuwanderung würde sich die Bevölkerung Deutschlands von gegenwärtig 82 Millionen auf 58 Millionen im Jahre 2050 reduzieren.

Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, benötigen wir dringend Einwanderung. Alles andere wäre falsch verstandener Protektionismus und damit nicht sozialdemokratisch, denn nur durch gezielte und gesteuerte Zuwanderung können langfristig Arbeitsplätze geschaffen werden – und nicht umgekehrt durch Ab-

schottung. Auch die anscheinend nahe liegende Alternative, statt bei sektoralen Engpässen auf Zuwanderung aus Afrika oder Asien zurückzugreifen, Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten zu uns zu holen, ist verbaut. Denn wir haben uns beim Beitritt der zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten im Jahre 2004 für die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit entschieden – anders als andere Länder. Die Arbeitnehmer, die wir benötigen könnten, sind also längst in Großbritannien oder Irland und auch dorthin lässt es sich dank der Billigfluglinien von Polen oder der Slowakei aus vortrefflich pendeln.

Frattinis Vorschlag einer europäischen »Blue Card« kann man dankbar sein, denn er hat uns damit aus dem Dornröschenschlaf geweckt: Im Moment liegt die Europäische Union im globalen Wettbewerb um hochqualifizierte Zuwanderung auf dem letzten Platz, weil vor allem die klassischen Einwanderungsländer USA und Kanada, viel attraktiver für Hochqualifizierte sind.

In der Debatte im Europäischen Parlament am 26. September 2007 hat Frattini darauf hingewiesen, dass nur fünf Prozent der hochqualifizierten Migranten nach Europa kommen. Der Rest wandert in die USA, nach Kanada, Australien oder Neuseeland.

Nationale Lösungen reichen nicht mehr

Zuwanderung ist also längst nicht mehr nur eine Angelegenheit der europäischen Nationalstaaten. Nationale Lösungen allein sind nicht mehr zukunftstauglich. »Alleine geht das nicht mehr: Die EU findet sich als gemeinsamer Wirtschafts- und Werteraum im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe« (*Christian Tenbrock*). Dabei will sich die EU mit der »Blue Card« nicht in nationale Zuständigkeiten einmischen. Denn es ist allen, auch den Verantwortlichen in der EU, völlig klar, dass

die Bedürfnisse und Engpässe auf den nationalen Arbeitsmärkten in den EU-Ländern ganz unterschiedlich sind. Es geht bei dem Vorschlag also vielmehr darum, auf der EU-Ebene Standards festzulegen, die dann in nationalen Einwanderungspolitiken und -quoten ihre lokale Prägung finden werden.

Unter demografischen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten würde das für Deutschland bedeuten, dass unsere Einwanderungspolitik sich aus Punktesystem und Engpasszuwanderung zusammensetzt. Was heißt das? Engpasszuwanderung bedeutet, dass der Bedarf in den einzelnen Branchen die Zuwanderung der qualifizierten Fachkräfte wie Ingenieuren, Ärzten oder Krankenschwestern bestimmt. Punktesystem heißt, dass Einwanderungswillige mit bestimmten Qualifikationen, für die Punkte vergeben werden, gesteuert einwandern können. Das Punktesystem wird in den USA und Kanada seit langem mit Erfolg praktiziert. Die demografische Entwicklung wird uns weiterhin zwingen, die Zuwanderung nicht nur in die gehobene Mittelschicht, sondern in alle Segmente der Gesellschaft zuzulassen. Eine nachhaltige Zuwanderungspolitik für die nächsten Jahrzehnte bedeutet, dass wir die Zuwanderung in alle gesellschaftlichen Schichten organisieren müssen.

Gleichzeitig zu der »Blue-Card«-Initiative hat Frattini für das nächste Frühjahr einen Plan für »temporäre Zuwanderung« angekündigt. Arbeitskräfte aus den afrikanischen Staaten sollen die Möglichkeit erhalten, für einen begrenzten Zeitraum nach Europa zu kommen. Zur Anwerbung plant die EU Job-Center in Afrika, wie das bereits existierende Center in Mali. Dabei strebt die EU Entwicklungspartnerschaften mit den jeweiligen Ländern sowie Rücknahmeübereinkommen an. Denn die Arbeitnehmer sollen die EU nach zwei oder drei Jahren wieder verlassen.

Kritisch überdenken

Auch wenn die Initiative grundsätzlich zu begrüßen ist, sei darauf hingewiesen, dass sie einen wichtigen Beitrag zum Abbau des wirtschaftlichen Gefälles zwischen Nord und Süd leisten und deshalb stringenter durchdacht werden muss. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass die angeworbenen Arbeitnehmer eben nicht in ihre Heimatländer zurückkehren.

Noch kritischer zu beurteilen sind die Möglichkeiten der Bekämpfung von illegaler Migration. Illegale wird es solange geben, wie große wirtschaftliche Ungleichgewichte das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden bestimmen. Die vorgeschlagenen Entwicklungspartnerschaften können dieses Gefälle sicherlich ein wenig abmildern, aber sie werden es auf keinen Fall so nivellieren können, dass es für Menschen aus den armen Regionen der Erde nicht mehr gewinnbringend ist, nach Europa zu kommen. Experten bemerken hierzu, dass der einzige Weg, die illegale Migration zu verringern, eine Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse (Stichworte: Tariflohn und Kündigungsfristen) sei. Das kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Zielsetzungen sein!

Auch eine noch so gestärkte Grenzschutzagentur *Frontex* wird den Zustrom aus Afrika nicht abhalten können. Zudem ist es sehr fraglich, ob es menschenrechtlichen Standards entspricht, wenn die *Frontex*-Boote abdrängen, anstatt die Flüchtlinge aus Seenot zu bergen. Die Gesellschaft wird mit illegaler Migration dauerhaft leben müssen. Darüber sollten wir uns ehrlich Rechenschaft ablegen und nachdenken. Auch Antworten zu

diesen Fragen gehören zu einer ehrlichen sozialdemokratischen Zuwanderungspolitik.

Zuwanderungspolitik muss immer ergänzt werden durch nationale und lokale Strategien der Integration. Über allem steht das Diktum von Max Frisch: Auch wenn wir Arbeitskräfte wollen oder Menschen nur aus humanitären oder politischen Gründen aufnehmen – es kommen immer Menschen. Und diese müssen integriert werden.

Der Bereich der Integration wird vornehmlich Aufgabe nationaler und lokaler Politik bleiben, weil die europäischen Länder ganz unterschiedliche Traditionen haben. Die EU ist hier aufgefordert, Mindestnormen zu definieren. Integration ist dabei zu verstehen als Herstellung von Chancengleichheit und als Eingliederungshilfe in die Gesellschaft. Das ist die Definition der Integration für die Neuzuwanderer. Bei uns wird diese Erstintegration seit dem 1. Januar 2005 vom Bund organisiert und finanziert.

Der gesellschaftliche Diskurs aber wird gern auf diejenigen Zuwanderer hin fokussiert, die schon länger in Deutschland leben, aber immer noch zu den sozial Benachteiligten zählen. Das ist der Bereich der so genannten nachholenden Integration, der scharf zu trennen ist von Zuwanderung und Erstintegration. Die Debatte über nachholende Integration wird an anderer Stelle geführt.



Lale Akgün (*1953)
SPD-MDB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.
lale.akguen@bundestag.de